

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Schweinehaltern durch die Krise helfen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Schweinehaltung hat in Deutschland eine lange Tradition und stellt einen wichtigen Produktionszweig in der Nutztierhaltung dar. Erzeugnisse aus Schweinefleisch sind die in Deutschland mit am meisten geschätzten und konsumierten tierischen Lebensmittel. Schweinefleisch enthält hochwertiges Protein, Eisen, Zink und verschiedene B-Vitamine und ist damit ein wichtiger Bestandteil einer gesunden Ernährung.

Aktuell erleben die heimischen Schweinehalter eine bislang unbekannte Marktverwerfung, in der viele Absatzwege im In- und Ausland nicht wie gewohnt zur Verfügung stehen. Nachdem die Schlachtung von Schweinen 2016 bis 2020 um rund 10 Prozent gesunken ist, sank allein in den Monaten November 2021 bis Mai 2022 die Zahl der in Deutschland gehaltenen Schweine im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 6,2 Prozent. Zugleich stieg das Niveau der Schweineschlachtungen in der Europäischen Union 2021 auf Rekordniveau. Produktionsrückgänge in Deutschland wurden damit systematisch durch Produktionsausweitungen in anderen EU-Mitgliedsstaaten kompensiert.

Die jetzige Lage auf dem Schweinemarkt ist eine Folge von mehreren Krisen und zunehmenden gesetzlichen und gesellschaftlichen Forderungen. Neben den aktuell steigenden Produktionskosten für die heimische Nutztierhaltung, zum Beispiel durch die hohen Futtermittel- und Energiepreise, erschweren stetige Anhebungen der Standards sowie die unterschiedlichsten Aussagen innerhalb der Bundesregierung die Planbarkeit für die Nutztierhalter. Viele Ferkelzüchter haben ihren Betrieb bereits aufgegeben oder planen dies zu tun. Besonders einschneidend ist die vom Bundesrat beschlossene Verschärfung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung. Diese verlangt von einem Großteil der Sauenhalter in weniger als zwei Jahren Betriebs- und Umbaukonzepte für das Deckzentrum vorzulegen oder diese Tierhaltung binnen vier Jahren einzustellen. Damit Betriebe Gewissheit darüber erhalten, ob ihr Standort überhaupt Chancen auf eine Modernisierung und Umbaugenehmigung hat und wie dies ausgestaltet werden kann, benötigen Landwirte, die einen Umbau der Tierhaltung mitgestalten wollen, eine gute fachliche Begleitung. Denn sonst werden Modernisierungen im Altbestand und Ersatzneubauten faktisch nicht stattfinden.

Außerdem haben Schweinehalter mit weiteren widrigen Umständen wie den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf dem wichtigen Außer-Haus-Markt oder den Folgen der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland zu kämpfen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. eine rasche und unbürokratische Umsetzung der kurzfristigen Krisenhilfe für landwirtschaftliche Betriebe sicherzustellen und zeitnah das Kleinbeihilfenprogramm für bisher nicht Antragsberechtigte und in finanzielle Schieflage geratenen Schweinehalter auf den Weg zu bringen;
 2. allen Sauenhaltern bis Ende 2022 eine geförderte Zukunftsberatung über die bestehenden Beratungsdienste anzubieten, die finanziellen Fördermöglichkeiten für den Umbau der Ställe deutlich aufzustoßen und auf Grund anhaltender Planungsunsicherheit eine Änderung von § 30 der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung in den Bundesrat einzubringen, durch welche die Frist für die Anforderungen an die Haltung von Sauen vom Absetzen bis zur Besamung auf acht Jahre nach einer echten Modernisierung des Bau- und Immissionsschutzrechts verlängert wird;
 3. eine wissenschaftliche Analyse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Schweinhaltung im europäischen und internationalen Vergleich in Auftrag zu geben und dem Deutschen Bundestag bis zum Ende des dritten Quartals 2022 vorzulegen;
 4. umgehend eine Herkunftskennzeichnung mit „5xD“ (geboren, gemästet, geschlachtet, zerlegt, verarbeitet in Deutschland), als eine Orientierungshilfe für Verbraucherinnen und Verbraucher, einzuführen und Erfahrungen von EU-Mitgliedstaaten wie Frankreich und Österreich einfließen zu lassen;
 5. Betreiber von Kantinen, Mensen und weiteren Verpflegungseinrichtungen zu ermutigen, Fleisch und Wurstwaren vorrangig aus Deutschland zu beziehen, und sicherzustellen, dass Verpflegungseinrichtungen, die in öffentlicher Hand sind oder die Einrichtungen der öffentlichen Hand bewirten, hier mit gutem Beispiel vorangehen;
 6. auf der europäischen Ebene darauf hinzuwirken, dass die Umwelt-, Sozial- und Tierschutzstandards weiter harmonisiert werden, um einen fairen Wettbewerb herzustellen.

Berlin, den 5. Juli 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion